

3

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Landtagsabgeordneten Kurth Bodo Blind, Veronika Matiassek und DDr. Eduard Schock betreffend Städtischer Ordnungsdienst, eingebracht zu Post 3, am 21. 09. 2007 .

AB

Auf öffentlichen Plätzen in Wien, besonders in Geschäftsstraßen, U-Bahnbereichen oder auf Verkehrsknotenpunkten werden immer wieder gravierende Mißstände festgestellt. Abfall wird unerlaubt entsorgt und es riecht oft übler als in der Kanalisation. Die Wände von öffentlichen Gebäuden sind voll mit Schmierereien und das über viele Monate hinweg, ohne beseitigt zu werden. Der Hundekot liegt zum Teil am Gehsteig oder auf Grünflächen. Tauben werden unzulässigerweise gefüttert, deren Exkremente verunreinigen die städtische Bausubstanz. Das Bettlerunwesen breitet sich aus. Ramschläden bieten ohne Bewilligung und ohne Widerstand seitens der Stadtverwaltung ihre Produkte auf der Straße feil.

Die Polizei soll diese Mißstände abschaffen und muß darüber hinaus auch noch kompetenzfremde Bereiche kontrollieren wie z.B. das Fiakergesetz, das Tierhaltegesetz, das Fischereigesetz und das Jagdgesetz, die Kompetenz der Stadt Wien sind, aber an die Polizei zur Kontrolle übertragen wurden.

Die Wiener Polizei kann sich daher nicht mehr ausreichend ihrer Kernkompetenz, der Kriminalitätsbekämpfung und der Gewaltprävention widmen.

Im Zuge der Verwaltungsreform hat der Rechnungshof eine Liste an Struktur- und Verwaltungsverbesserungen vorgestellt. Im Bereich der Stadt Wien empfiehlt er die Zusammenlegung der Überwachungsorgane. Zweck dieser Vorgangsweise sind der Abbau der Parallelstrukturen und Straffung von ineffizienten Zuständigkeitsbereichen.

Es bedarf daher eines „Städtischen Ordnungsdienstes“, bestehend aus Bediensteten der Stadt Wien, die die Überwachungsfunktion der Stadt Wien im eigenen Wirkungsbereich vornehmen und zusätzlich, ausgerüstet mit Funkgeräten, die Polizeiarbeit an bestimmten Brennpunkten wie Geschäftsstraßen und besonders betroffenen Plätzen unterstützen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Beschlussantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Einrichtung eines „Städtischen Ordnungsdienstes“, der sämtliche Überwachungskompetenzen der Gemeinde Wien im eigenen Wirkungsbereich wie beispielsweise die Parkraumüberwachung oder die sog. „Müllpolizei“ umfaßt und ausgerüstet mit Funkgeräten die Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung unterstützt, um für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zu sorgen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.



A collection of handwritten signatures and initials in black ink. On the left, there are three distinct signatures. In the center, there is a large, stylized signature. To the right, there are several smaller signatures and initials, including one that appears to be 'S.H.'.

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 21. SEP. 2007
FOL-04376-20070000-KFPLAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat

KFPLAT